

Postulat von Katharina Prelicz-Huber (Grüne)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein departementsübergreifendes Gesamtkonzept für eine kinder- und jugendgerechte Stadt, das Situationsanalyse, Leitsätze und Massnahmen beinhaltet, erarbeitet werden kann.

Begründung

Globalisierung, Automatisierung, Kommunikationstechnologie und Mobilität haben die Lebensumstände unserer Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten rasant verändert. Die Motorisierung hat stark zugenommen und die Städteplanung konzentrierte sich jahrelang darauf, genügend Verbindungsstrassen und Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Die Aufteilung der einzelnen Lebensbereiche – Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit – hat weiter zugenommen. Verschiedenste Familien- und Lebensformen werden praktiziert. Unter den negativen Folgen der Entwicklung haben vor allem die Kinder zu leiden. Gerade in Städten ist ihre Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. Stark befahrene Strassen verschneiden ihre Spielflächen und gefährden ihre Sicherheit. Grünflächen sind rar. In Kleinwohnungen lässt sich nicht rumtoben. Studien zeigen, dass jedes 3. Kind psychische Störungen oder klare Verhaltensauffälligkeiten zeigt.

1998 hat die Schweiz die UNO-Konvention über die Rechte der Kinder ratifiziert. Die Gemeinden sind damit aufgefordert, Umsetzungsstrategien zu entwickeln, die den Kindern ihre Rechte auf Ueberleben, Schutz, Entwicklung und Partizipation bestmöglichst gewährleisten.

Die Stadt Zürich leistet in verschiedenen Bereichen gute Arbeit zugunsten der Kinder und Jugendlichen. Aber noch längst nicht immer und überall werden die Anliegen der Kinder einbezogen oder sind ihre Bedürfnisse abgedeckt. Es braucht ein Gesamtkonzept, das aufzeigt, was bereits getan wird, wo Lücken bestehen und wie diese geschlossen werden sollen. Als Vorbild könnte die Stadt Bern dienen, die ihr „Konzept für eine kindergerechte Stadt“ 1999 als erste Schweizerstadt von Stadt- und Gemeinderat verabschiedet hat.

